

Kinderschutz in Kärnten: Dringender Handlungsbedarf gefordert!

Am 9. Dezember 2024 fand in Kärnten eine Kinderschutz-Fachtagung statt, die von Reformen in der Kinder- und Jugendhilfe fordert.

Millstatt, Österreich - Die Dringlichkeit im Bereich der Elementarpädagogik hat sich erneut deutlich gezeigt: Auf der diesjährigen Kinderschutz-Fachtagung in Kärnten stellte die engagierte Elementarpädagogin Manuela Söllnbauer klar, dass sofortige Maßnahmen notwendig sind. Unter dem Motto „Hinschauen statt wegschauen“ fordert sie die Politik auf, aktiv zu werden, um die prekären Bedingungen in den Einrichtungen zu verbessern. Laut gaital-journal.at geht es nicht nur um Reformen, sondern auch um eine grundsätzliche Neubewertung der Betreuungssituation für Kinder und Jugendliche.

Die Landesrätin Mag.a Sara Schaar zeigt sich als Hoffnungsträgerin und hat eine Evaluierung mobiler Dienste sowie des Betreuten Wohnens für den 16. Dezember 2024 angekündigt. Ein wichtiger Bestandteil dieser Evaluierung ist die Notwendigkeit einer gerechten und bedarfsgerechten Lösung, die auf Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Politik, Behörden und Trägern basiert. Kritiker warnen jedoch, dass Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe langfristig höhere Kosten verursachen können. Die Forderungen nach Ressourcen sind drängend, denn der Schutz von Kindern und Jugendlichen darf nicht an finanziellen Engpässen scheitern, wie auch die Experten betonen.

Gesetzliche Rahmenbedingungen und ihre

Auswirkungen

Die kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen sind nicht nur regional, sondern auch auf nationaler Ebene von großer Bedeutung. Wie dji.de berichtet, führte das im Juni 2021 in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zu weitreichenden Veränderungen im Bereich Kinderschutz und Inklusion. Dieses Gesetz setzt entscheidende Impulse für die Weiterentwicklung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, insbesondere für die, die außerhalb ihrer Familien aufwachsen und in Pflegefamilien sowie Heimen untergebracht sind. Die Forderung nach einer stärkeren Mitbestimmung und besseren Beratungsrechten gewinnt also erheblich an Relevanz.

Die öffentliche Verantwortung für die Förderung junger Menschen bleibt unverändert hoch. Die Verknüpfung von Jugendhilfe und Schulen wird weiter gestärkt, und die gesetzlichen Reformen könnten einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Leistungen haben. Angesichts der Herausforderungen müssen die Behörden nun sicherstellen, dass diese Maßnahmen zeitgerecht und wirkungsvoll umgesetzt werden.

Details	
Ort	Millstatt, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• gailtal-journal.at• www.dji.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at